

# INFORMATIONEN

19. DEZ. 1979

Freie Universität Berlin  
BIBLIOTHEK-II

## zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien  
und Forschungen (IMSF)  
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-  
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 4/1979 – Dezember

### 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Belebung in der Bundesrepublik hat sich in den letzten Monaten weiter fortgesetzt. Die Wachstumsraten von Brutto sozialprodukt und Industrieproduktion lagen zwar weit unter dem Stand der sechziger Jahre, stellen aber vor dem Hintergrund der insgesamt verschlechterten Wachstumsperspektiven des Kapitalismus in den siebziger Jahren gewisse Höhepunkte dar.

Allerdings machen die jüngsten Zahlen deutlich, daß der konjunkturelle Höhepunkt erreicht bzw. überschritten ist. Aufträge und Industrieproduktion steigen – saisonal bereinigt – nicht weiter an. Erste Schwächezeichen werden sichtbar.

Ein stabilisierender Faktor der Konjunktur ist dabei die private Investitionstätigkeit. Dies beruht allerdings in erster Linie auf vergrößerten Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen, während die Bedeutung von Erweiterungsinvestitionen nur wenig zugenommen hat. Das Fehlen eines Booms der Erweiterungsinvestitionen, des entscheidenden tragenden Moments eines kapitalistischen Aufschwungs, stellte und stellt eine wichtige Ursache für die anhaltende Labilität der Entwicklung dar. Gegenwärtig ist auch nicht mehr damit zu rechnen, daß von dieser Seite neue Impulse ausgehen werden. Denn in den letzten Monaten ist der Auslastungsgrad der industriellen Kapazitäten saisonbereinigt wieder zurückgegangen und liegt mit 84,5 Prozent immer noch unter dem als „normal“ betrachteten Stand.

Positive konjunkturelle Impulse gehen zur Zeit auch noch vom Export aus. Die Verringerung des Überschusses in der Handelsbilanz widerspricht dieser Feststellung nicht, da es sich hierbei um eine Folge von Verschiebungen in der Preisstruktur und von spekulativ erhöhten Rohstoffeinfuhren handelt. Allerdings kann nicht damit gerechnet werden, daß vom Export in Zukunft weiterhin expansive Wirkungen ausgehen. Denn die kapitalistische Weltwirtschaft steuert in eine Phase abgeschwächter Entwicklung hinein. Dabei ist noch nicht abzusehen, ob es zu einer neuen Weltwirtschaftskrise kommen wird oder ob es sich lediglich um eine starke Wachstumsverlangsamung handelt. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß sich die Gleichläufigkeit der internationalen Konjunkturen wieder enger gestaltet.

Die öffentliche Nachfrage, die bis Anfang 1979 noch stabilisierend gewirkt hat, leidet zunehmend unter der Strategie der „Haushaltskonsolidierung“. Durch Ausgabenkürzungen wird ein Abbau der öffentlichen Verschuldung angestrebt ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß dadurch neue Gefahren auf Konjunktur und Arbeitsplätze zukommen.

Die wichtigste Schwachstelle der Konjunktur ist aber – wie schon im vorangegangenen Vierteljahresbericht erwähnt – die private Nachfrage. Die Einzelhandelsumsätze lagen in den letzten Monaten real nicht mehr über dem Vorjahresstand, im September sogar deutlich darunter. Auch die Konsumgüterindustrien liegen mit wenigen Ausnahmen am Ende der Entwicklung. Dies ist eine Folge der rapiden Preiserhöhungen, die die Löhne inzwischen eingeholt und die Sozialeinkommen überholt haben.

Als weiteres Indiz für die bevorstehende Verschlechterung der Konjunkturlage ist die Entwicklung im Straßenfahrzeugbau und in der Bauwirtschaft zu sehen. In beiden Bereichen bewegen sich Produktion und Auftragsbestände zwar noch auf einem hohen Niveau, die Auftragseingänge gehen jedoch deutlich zurück. So lagen die Neuanmeldungen für Pkw im September um 15 Prozent unter dem hohen Vorjahresstand, die Aufträge für Wohnungen gehen in saisonbereinigter Betrachtung seit der Jahresmitte zurück. Verschärft wird diese Tendenz durch die Zinspolitik der Bundesbank. Durch eine Vielzahl von Maßnahmen wird hier auf eine Zinserhöhung und Kreditverknappung hingearbeitet – eine Politik, durch die eine Konjunkturverlangsamung erzwungen werden soll. Dadurch vergrößert sich die Gefahr einer wirtschaftspolitisch verschärften Rezession. Auch die amtlich empfohlene Lohnpolitik wirkt konjunkturdämpfend und möglicherweise krisenverschärfend. Denn während die Unternehmerrgewinne in Dimensionen wachsen, die jede Beziehung zur Investitionstätigkeit verloren haben, erweist sich die private Nachfrage als eigentliche Schranke für Wachstum, Beschäftigung und selbst für die Investitionen. Die offizielle Wirtschaftspolitik scheint bewußt eine Dämpfung der Konjunktur und einen Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen, um die Strategie der Umverteilung zugunsten der Unternehmerrgewinne nicht zu gefährden.

Wie die letzten Prognosen und Gutachten und die öffentlichen Reaktionen darauf zeigen, steht in den kommenden Monaten die Lohnpolitik im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussionen. Mit allen Mitteln soll verhindert werden, daß die Gewerkschaften in ihren Forderungen irgendwelche Nachholbedürfnisse berücksichtigen. Der Verteilungsvorsprung, den sich die Unternehmer 1979 durch Produktionsausweitungen, Rationalisierungen und Preiserhöhungen bei ungünstigen Tarifabschlüssen verschaffen konnten, soll 1980 voll erhalten, wenn möglich noch ausgebaut werden. Es wird daher empfohlen, die Tarifierhebungen der kommenden Lohnrunde im Rahmen der Ergebnisse von 1978/1979 zu halten. Dies würde allerdings nicht nur einen faktischen Stopp der Reallohnentwicklung beinhalten, sondern auch zu einem Nachfrageausfall führen, der Konjunktur und Arbeitsplätze verstärkt gefährden würde.

#### INHALT:

#### 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Geld- und Kapitalmarkt
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Außenhandel

#### 2 Unternehmerrgewinne

#### 3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Preise
- 3.4 Kämpfe der Arbeiterklasse
- 3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

## 1.1 Sozialprodukt

Die Entwicklung des Bruttosozialprodukts hat sich im ersten Halbjahr 1979 noch beschleunigt. Die erreichte Wachstumsrate von real 4,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr lag deutlich höher als in den Vorjahren.

### Bruttosozialprodukt im 1. Halbjahr 1979<sup>1</sup>

	In jeweiligen Preisen Mrd. DM	In % <sup>1</sup>	In Preisen von 1970 Mrd. DM	In %
Bruttosozialprodukt	655,7	+ 8,3	420,2	+4,3
Privater Verbrauch	363,5	+ 6,8	235,1	+3,4
Staatsverbrauch	126,4	+ 7,8	73,4	+2,8
Anlageinvestitionen	139,8	+12,3	93,0	+6,5
Export	183,2	+ 8,4	125,9	+5,1

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/79, S. 631 ff.)

Auf der Verwendungsseite gehören der Export und die Investitionen zu den expansiven und tragenden Kräften des Wachstums. Allerdings muß betont werden, daß die Stabilisierung der Investitionstätigkeit nicht die Form eines Investitionsbooms angenommen hat, wie er für die Konjunkturaufschwünge der Vergangenheit charakteristisch war – obwohl die Investitionstätigkeit in den ganzen siebziger Jahren auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau gelegen hatte.

Der Expansion des Exports stand eine stärkere Ausweitung des Imports gegenüber, so daß der Außenbeitrag nur wenig angestiegen ist. Dies dürfte zu einem erheblichen Teil aber mit spekulativ bedingten Rohstoffeinkäufen und Preisveränderungen zusammenhängen und keine grundlegende Änderung des realen Verhältnisses von Import/Export signalisieren.

Entscheidend für die relativ kräftige Expansion des BSP war auch der Faktor Vorratsveränderung. Die Vorräte wurden – in Preisen von 1970 – um 9,3 Milliarden DM aufgestockt, stärker als je zuvor seit der Krise 1974/75. Die Erhöhung des Bruttosozialprodukts um – in Preisen von 1970 – etwa 17 Milliarden DM war also zu mehr als der Hälfte durch die Lagervergrößerung bedingt.

Der private Verbrauch und der Staatsverbrauch, die insbesondere 1978 zu den tragenden Nachfragefaktoren gehört hatten, haben sich in ihrer Entwicklung deutlich verlangsamt.

Diese Tendenz hat sich – nach ersten Schätzungen – im 2. Halbjahr 1979 verstärkt. Es wird angenommen, daß sich auch die Expansion des BSP in der zweiten Jahreshälfte leicht verlangsamt hat, so daß das gesamtwirtschaftliche Wachstum im ganzen Jahr 1979 bei etwa 4 Prozent liegen dürfte.

Für 1980 ist allerdings mit einer stärkeren Verlangsamung zu rechnen, die Prognosen für die Wachstumsrate des BSP liegen zwischen 1,5 und 3 Prozent.

Die Prognose des „Herbstgutachtens“ der fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute macht deutlich, welche Faktoren für die schon jetzt ansatzweise zu beobachtende Wachstumsverlangsamung verantwortlich sind.

### Prognose 1980

	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr <sup>1</sup> 1979	1980
Bruttosozialprodukt	+4	+2,5
Privater Verbrauch	+3	+2
Staatsverbrauch	+2,5	+2,5
Anlageinvestitionen	+7,5	+5
Ausfuhr	+7	+4,5

<sup>1</sup> In Preisen von 1970, d. h. real  
(Quelle: DIW-Wochenbericht 43-44/1979, S. 452)

Die schwächsten Faktoren werden demnach der private und der öffentliche Verbrauch sein. Wenn auch die fünf Institute selbst – wie immer – eine „vorsichtige“ Lohnpolitik propagieren, so wird doch schon aus diesem Überblick deutlich, daß die fehlende öffentliche und private Kaufkraft von Staat und Konsumenten wichtige Ursachen der Wachstumsverlangsamung sind, die vorgeschlagene Lohnpolitik tatsächlich eher Konjunktur und Wachstum gefährden muß.

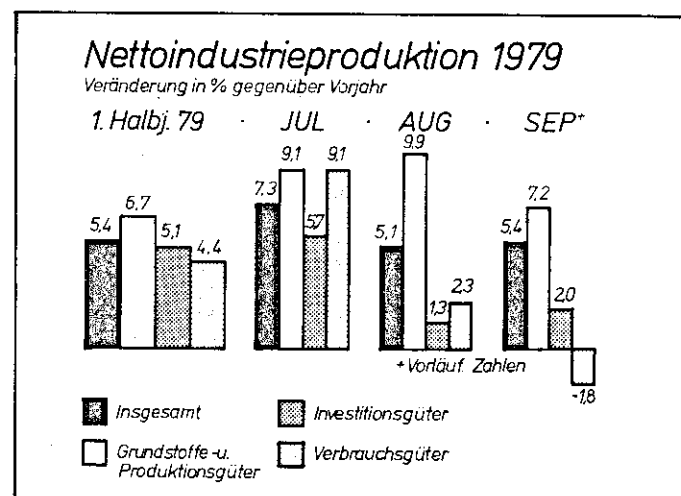
## 1.2 Produktion

Während die Belebung 1978 in starkem Maße von der Expansion im Handel, im Dienstleistungsgewerbe und in der Landwirtschaft verursacht war und die industrielle Produktion nur langsam expandierte, hat sich 1979 auch die Leistung des produzierenden Gewerbes stark erhöht. Es wurden Zuwachsraten der Industrieproduktion erreicht wie in den „guten“ Jahren 1973 und 1976.

### Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes<sup>1</sup>

	1. Halbjahr 1979	Juli	August	September <sup>2</sup>
Insgesamt	+5,4	+7,3	+5,2	+5,4
Grundstoffe und Produktionsgüter	+6,7	+9,1	+9,8	+7,2
Investitionsgüter	+5,1	+5,7	+1,5	+2,0
Verbrauchsgüter	+4,4	+9,1	+0,7	+8,2

<sup>1</sup> 1978/79 in % gegenüber dem Vorjahr <sup>2</sup> Vorläufige Zahlen  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 11/79, S. 65\*)



Bis zuletzt lag die industrielle Produktion deutlich über dem Vorjahresstand. Allerdings zeigt der saisonbereinigte Monatsvergleich, daß der Produktionshöhepunkt erreicht, vielleicht schon überschritten ist. Im Zweimonatszeitraum August/September war die Produktion im produzierenden Gewerbe etwa 2 Prozent niedriger als im Juni/Juli. Dies sind allerdings erst schwache Hinweise auf die bevorstehende Konjunkturabschwächung. Insgesamt ist die Situation in fast allen industriellen Bereichen und in der Bauwirtschaft noch günstig, die Konjunkturbelebung hat praktisch alle Branchen erfaßt. Eine gewisse Ausnahme stellt der Schiffbau dar, aber auch hier ist – auf sehr niedrigem Niveau – eine Stabilisierung der Auftragslage festzustellen.

Trotzdem zeigen auch die groben Daten dieser Tabellen die relative Schwäche der verbrauchsnahen Bereiche. Am deutlichsten spürt der Einzelhandel diese Entwicklung.

### Einzelhandelsumsätze 1979<sup>1</sup>

	nominal	real
1. Vierteljahr	+6,3	+3,3
2. Vierteljahr	+7,7	+3,9
3. Vierteljahr	+4,5	-0,5

<sup>1</sup> Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/79)

Im September lagen die Einzelhandelsumsätze real sogar um 3 Prozent unter dem Vorjahresstand.

Zu den eigentlichen Trägern der Konjunktur gehört immer noch die **Bauwirtschaft**. Dies wird sich in den nächsten Monaten konjunkturell auch nicht ändern, da die Auftragsbestände hier noch hoch sind. Allerdings gehen z. B. im Wohnungsbau schon seit der Jahresmitte die Aufträge wieder zurück, ebenso beim Tiefbau.

Auch der **Straßenfahrzeugbau** weist noch hohe Produktionszuwächse auf. Dies wird sich allerdings in absehbarer Zeit ändern, da Aufträge und Zulassungsziffern deutlich zurückgehen. Die Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen lagen im September sogar um 15 Prozent unter dem Vorjahresstand. Allerdings sind die Auftragsbestände noch immer sehr hoch, so daß die bei Ford und Opel angekündigte Kurzarbeit nicht nur die besondere Situation dieser Konzerne widerspiegelt, sondern darüber hinaus auch als tarifpolitisch gezielte Maßnahme zu verstehen ist.

Etwas verlangsamt hat sich die Expansion in der **chemischen Industrie**. Trotzdem gestaltet die Situation sich dort bei hoher Auslastung immer noch sehr günstig. Eine Ausnahme ist hier vor allem die Chemiefaserindustrie.

In der **Stahlindustrie** scheint die Schwächeperiode zunächst überwunden, jedoch ist es zu keinem neuen Boom gekommen. Damit kann auch in Zukunft nicht gerechnet werden.

Im **Maschinenbau** wirkt sich inzwischen die Belebung der Investitionstätigkeit günstig aus, wenn auch davon vor allem die fortgeschrittensten Investitionsgüterbereiche im elektronischen und im elektrotechnischen Sektor am stärksten profitieren.

Dies zeigt sich in der **Elektroindustrie**, deren Investitionsgüterbereiche stark expandieren. Dagegen weisen elektrotechnische Verbrauchsgüter ausgeprägte Schwächetendenzen auf. Hier liegt die Produktion sogar deutlich unter dem Vorjahresstand, teilweise ist Kurzarbeit angemeldet.

Die **Textil- und Bekleidungsindustrien** konnten zwar die Abwärtstendenz stoppen und Produktion und Auftragseingänge zeitweilig erhöhen, ohne allerdings eine dauerhafte Aufwärtsentwicklung einleiten zu können. Insbesondere die Situation in der Bekleidungsindustrie macht deutlich, daß eine Fortsetzung der Besserung nicht erwartet werden kann.

### Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen<sup>1</sup>

	Mai	Juni	Juli	August <sup>2</sup>	September <sup>2</sup>
Produzierendes Gewerbe insges.	+5,3	+11,8	+ 7,3	+ 5,2	+5,4
Eisen-schaffende Industrie	+8,7	+ 2,3	+12,6	+16,0	–
Chemische Industrie	+5,3	+ 8,3	+ 4,0	+ 5,6	–
Maschinenbau	+4,1	+11,9	+ 7,7	+ 0,6	-0,3
Straßenfahrzeugbau	+9,5	+11,0	+ 0,7	+ 8,1	+0,6
Elektrotechnik	+0,8	+ 4,8	+ 3,2	- 3,8	+0,4
EDV-Geräte	+3,5	+29,5	+15,2	+ 8,8	–
Textilgewerbe	+5,7	+12,4	+21,9	- 5,7	+2,3
Bekleidungs-gewerbe	+6,1	- 0,7	- 1,8	+ 1,9	–
Bauhaupt-gewerbe	+7,7	+17,3	+ 9,9	+11,5	+9,2

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr; <sup>2</sup> Vorläufige Ziffern  
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht 10/79)

Auch die Entwicklung der industriellen Auftragseingänge unterstreicht, daß der konjunkturelle Aufschwung seinen Höhepunkt überschritten hat. Saisonbereinigt lagen die Aufträge im Zweimonatszeitraum August/September um rund 2,5 Prozent niedriger als im Juni/Juli. Zwar war im September wieder ein leichter Anstieg gegenüber dem August zu verzeichnen, dies ist aber wesentlich auf die statistischen Verzerrungen durch einige Großaufträge für Investitionsgüter aus dem Ausland zurückzuführen.

Berücksichtigt man, daß die Auftragseingänge in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien teilweise durch spekulative Rohstoffkäufe überzogen sind, so wird deutlich, wie stark die konjunkturellen Auftriebskräfte gegenwärtig nachlassen. Das betrifft vor allem die Verbrauchsgüterindustrien, aber auch im Investitionsgütersektor sind Verlangsamungserscheinungen nicht zu übersehen.

### Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe<sup>1</sup>

	Insgesamt (1)	Grundstoffe und Produktionsgüter (2)	Investitionsgüter (1)	Verbrauchsgüter (1)
Mai	+20,6	+16,0	+22,1	+15,9
Juni	+ 7,3	+ 3,1	+12,2	+ 5,9
Juli	+19,3	+13,9	+22,5	+14,4
Aug. <sup>2</sup>	+ 9,0	+ 3,8	+18,5	+ 9,8
Sept. <sup>2</sup>	+ 4,2	+ 9,8	+ 3,5	- 1,8

(1) Zu jeweiligen Preisen; (2) Preisbereinigt  
<sup>1</sup> Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Vorläufige Zahlen  
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Im September wurde sogar der Vorjahresstand unterschritten, geht man von den realen Werten aus.

Die Abschwächung betrifft sowohl die inländischen als auch die ausländischen Auftragseingänge in der Tendenz. Allerdings ist das Niveau der Auslandsaufträge im Vergleich zum Vorjahr noch bedeutend höher als das der Inlandsbestellungen.

### Auftragseingänge nach Herkunft<sup>1</sup>

Inland	Verarbeitendes Gewerbe insges.	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Mai	+17,4	+21,1	+15,0	+17,0
Juni	+ 4,4	+11,1	+ 0,4	+ 2,9
Juli	+16,5	+21,3	+12,9	+17,4
Aug. <sup>2</sup>	+ 9,2	+18,5	+ 3,9	+ 6,6
Sept. <sup>2</sup>	+ 1,7	+10,0	- 1,6	- 2,0
Ausland				
Mai	+27,2	+24,5	+29,9	+19,9
Juni	+12,8	+14,8	+13,2	+ 4,0
Juli	+24,5	+25,0	+25,0	+19,3
Aug. <sup>2</sup>	+ 7,4	+17,6	+ 2,1	+10,0
Sept. <sup>2</sup>	+10,3	+ 8,3	+13,3	- 0,3

<sup>1</sup> Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Vorläufige Zahlen  
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht 10/79)

Wenn auch davor gewarnt werden muß, die Auftragsziffern weniger Monate als eindeutige konjunkturelle „Frühindikatoren“ zu interpretieren – dazu ist die Qualität der Auftragsstatistik viel zu schlecht – so deutet doch die Gesamtheit der Anzeichen bei Produktion und Aufträgen auf eine bevorstehende konjunkturelle Abschwächung hin, die von der Abschwächung im privaten Verbrauch ausgeht. Die Situation weist damit – wie schon im letzten Bericht bemerkt – einige Parallelen zur Entwicklung am Jahresende 1973 auf, als – ausgehend von Abschwächungen in der Bauwirtschaft und im Straßenfahrzeugbau – die Krise 1974/75 eingeleitet wurde. Wie auch jetzt war damals die Wirtschaftspolitik auf einen Kurs der konjunkturellen Bremspolitik ausgerichtet, der den Weg in die Krise verschärfte und beschleunigte.

Zum Unterschied zur damaligen Situation muß jedoch heute betont werden, daß die Investitionstätigkeit gegenwärtig noch immer nach oben gerichtet ist, während das Jahr 1973 – wie auch die unmittelbaren Vorjahre – durch eine ausgeprägte Investitionsschwäche gekennzeichnet war. Dies ist immerhin ein Hinweis darauf, daß es vorerst nicht zu einem ähnlich tiefen Konjunkturreinbruch kommen muß wie 1974/75.

### 1.3 Geld- und Kapitalmarkt

Im Verlauf dieses Jahres hat sich die Lage auf dem Kreditmarkt verändert: nach der beschleunigten Expansion der Kredite im ersten und zweiten Vierteljahr ist im dritten Quartal infolge des Übergangs der öffentlichen Hand von einer Expansionspolitik zur Konsolidierung eine Dämpfung der Kreditnachfrage aufgetreten. Die Verfassung des Kapitalmarkts hat sich infolge des fast kontinuierlichen Abbröckelns der Rentenurse verschlechtert.

Wie aus der Tabelle „Konsolidierte Bilanz des Bankensystems“ hervorgeht, ist der Tendenzumschwung auf dem Kreditmarkt fast ausschließlich auf die öffentlichen Haushalte zurückzuführen. Die Entwicklung der Kreditnachfrage der öffentlichen Hand signalisiert das Ende der expansiven Haushaltspolitik, die Ende 1977 unter dem Eindruck der nachlassenden Wirtschaftskonjunktur eingeleitet wurde, und den allmählichen Übergang zu einer Politik der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Die Zuwachsrate der öffentlichen Verschuldung auf dem Kreditmarkt ist im dritten Vierteljahr 1979 mit 8,5 Prozent noch nicht einmal halb so hoch gewesen wie vor einem Jahr, als sie bei 18,1 Prozent lag.

#### Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1978 Dezember	1979 September	1978 Jahr	1. Vj. Veränderungen	1979 2. Vj. geg. Vorjahr	3. Vj. in %
Kredite an inländische Nichtbanken	1212,0	1299,2	11,5	12,5	12,9	11,5
– Unternehmen und Private	926,7	1000,2	10,5	11,9	12,7	12,4
– Öffentliche Haushalte	285,3	299,0	15,1	14,4	13,5	8,5
Netto-Auslandsforderungen	130,2	120,8	– 1,1	– 7,0	– 8,8	– 8,6
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten <sup>1</sup>	685,6	767,2	9,4	9,5	10,4	10,9
darunter: Spareinlagen und -briefe	249,4	255,4	7,9	8,0	7,0	7,6
Geldvolumen (M3)	656,6	652,8	11,0	11,2	10,8	7,8

<sup>1</sup> Einschließlich „Zentralbankeinlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“  
Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Die Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten zeigt eine steigende Tendenz, die größtenteils der Entwicklung der Bankschuldverschreibungen zuzuschreiben ist. Diese sind zwischen September 1978 und September 1979 um fast 16 Prozent gewachsen. Das ist das Resultat der angespannten Finanzierungslage der Kreditinstitute infolge der restriktiven Politik der Deutschen Bundesbank und der starken Inanspruchnahme der Bankenkredite, was auch durch die Entwicklung der langfristigen Verbindlichkeiten inländischer Kreditinstitute gegenüber dem Ausland bestätigt wird. Diese Verbindlichkeiten sind von 32,1 Milliarden Ende September 1978 auf 52,5 Milliarden Ende September 1979 emporgeschneit.

Im Laufe dieses Jahres hat sich der Absatz von festverzinslichen Wertpapieren verlangsamt. Diese Entwicklung ist auf die Zurückhaltung der öffentlichen Stellen zurückzuführen. Wie der Tabelle „Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren“ zu entnehmen ist, ist das Volumen der gesamten öffentlichen Wertpapiere (Anleihen der öffentlichen Hand und Kommunalobligationen) deutlich geschrumpft. Auf der Erwerbsseite sind die Kreditinstitute praktisch verschwunden, was

wiederum ihre angespannte Liquiditäts- und Finanzierungslage bestätigt.

#### Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	Jahr	1978 1. Hj.	3. Vj.	1979 1. Hj.	3. Vj.
Anleihen der öffentlichen Hand	11 420	6 128	3 032	1 262	3 492
Kommunalobligationen	15 734	10 326	3 739	10 947	2 874
Sonstige Bankschuldverschreibungen	13 702	9 158	4 311	9 988	4 015
Industrieobligationen	– 1 024	– 466	– 230	– 421	– 203
Ausländische Rentenwerte	3 553	2 840	348	867	482
Absatz = Erwerb insgesamt	43 385	27 986	11 200	22 643	10 660
darunter: Kreditinstitute	21 446	11 552	6 574	2 062	– 1 281
Inländische Nichtbanken	17 789	14 259	2 782	21 460	10 032

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Der Sekundärmarkt für festverzinsliche Wertpapiere ist verstimmt: Die Rentenurse fallen fast ununterbrochen seit April 1978; die Börsenumsätze sind von 31,8 Milliarden DM im Zeitraum Januar bis September 1978 auf 22,6 Milliarden im gleichen Zeitraum dieses Jahres zurückgegangen.

Die schwache Verfassung des Rentenmarktes ist Ausdruck der steigenden Tendenz der Zinssätze, die ihrerseits von der aufwärts gerichteten Preisentwicklung und der Liquiditätsverknappung infolge der restriktiven Geldpolitik der Bundesbank beeinflusst werden. Das Unbehagen am Anleihemarkt zeigt sich auch an der Entwicklung des Mittelaufkommens bei den Kapitalanlagegesellschaften: In den ersten drei Quartalen 1979 hat der Verkauf von Zertifikaten der Rentenfonds nur 1,8 Milliarden DM aufgebracht gegenüber 4,2 Milliarden im gleichen Vorjahreszeitraum.

Wie schon angedeutet, zeigen die Zinssätze seit etwa eineinhalb Jahren eine Aufwärtstendenz. Besonders ausgeprägt ist diese Entwicklung bei den Renditen der öffentlichen Hand: Seit April 1978 sind die Renditen von 5,2 auf 8,2 Prozent Mitte November gestiegen. In letzter Zeit sind auch die Zinssätze auf Kontokorrentkredite stark gewachsen: Im Oktober haben sie ein durchschnittliches Niveau von 8,52 Prozent mit einer Streubreite von 8 bis 9 Prozent erreicht, während sie im März im Durchschnitt noch bei 6,32 Prozent lagen.

#### Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrentkredite <sup>1</sup>	Renditen von Anleihen der öffentl. Hand	Index der Aktienkurse <sup>2</sup>
	in %		29. 12. 1972 = 100
1977			
1. Vj.	7,11	6,9	97,0
2. Vj.	6,91	6,2	101,8
3. Vj.	6,74	5,8	102,4
4. Vj.	6,62	5,7	104,5
1978			
1. Vj.	6,24	5,4	106,5
2. Vj.	6,11	5,4	105,3
3. Vj.	6,13	6,0	110,7
4. Vj.	6,17	6,2	113,0
1979			
1. Vj.	6,25	6,7	111,3
2. Vj.	7,00	7,5	105,1
3. Vj.	8,10	7,6	104,5

<sup>1</sup> Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM  
<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Dies ist zu einem erheblichen Teil auf die Politik der Bundesbank zurückzuführen, die durch ihre Diskontpolitik gezielt versucht, die Zinsen hochzutreiben und die Kredite zu verteuern. Zwischen März und November 1979 wurde der Diskontsatz in mehreren Schritten von drei auf sechs Prozent verdoppelt – neben anderen kreditverknappenden Maßnahmen. Die Bundesbank treibt damit eine ähnliche Politik wie 1973, als trotz der Anzeichen für eine Konjunkturverlangsamung weiterhin geldpolitisch gebremst wurde. Unter dem Vorwand, es ginge in erster Linie um die Preisstabilität, wird versucht, die Verteilungsspielräume für Lohnforderungen einzuengen. Dabei wird in Kauf genommen, daß diese Politik krisenverschärfend und arbeitsplatzgefährdend wirkt. Insbesondere die Mieten – für die die Hypothekenzinsen ein wichtiger Faktor sind – werden weiter hinaufgetrieben. Außerdem wirkt diese Restriktionspolitik über den Zins konzentrationsfördernd: Die Verteuerung und Verknappung der Kredite gefährdet vor allem die eigenkapitalschwachen kleinen und mittleren Unternehmen, die auf Kredite angewiesen sind. Die Großkonzerne dagegen verfügen über mehr Eigenmittel. Eine Verteuerung der Kredite schlägt bei ihnen auch deshalb kaum zu Buche, da sie die erhöhten Zinskosten leicht über den Preis abwälzen können.

Der Aktienmarkt ist seit Anfang des Jahres durch eine gedrückte Stimmung gekennzeichnet: Die Kurse bröckeln ab, die Börsenumsätze haben von 25,8 Milliarden DM in den ersten drei Quartalen 1978 auf 20,7 Milliarden im gleichen Zeitraum dieses Jahres abgenommen. Die bürgerlichen Beobachter stehen einer solchen Entwicklung fassungslos gegenüber: „Unstrittig ist bei den meisten Experten nur, daß die positive Konjunktur- und Ertragsentwicklung der Industrie – also erfreuliche Bilanzen für das Geschäftsjahr 1979 – dem Kursniveau am Aktienmarkt guten Rückhalt verleihen sollte“ (Handelsblatt vom 30. August 1979). Manche bürgerlichen Experten machen sich aber doch Gedanken über die Aussagekraft der Aktienbörsen; so bei der Berliner Handels- und Frankfurter Bank: „Sicher ist, daß die Märkte überhaupt in einer der gesamtwirtschaftlichen Lage entsprechenden labilen Verfassung zunehmend früher und heftiger reagieren, als in den vorausgegangenen Jahrzehnten“ (Aktienmarkt: *Steigende Gewinne – fallende Kurse*, in „Wirtschaftsdienst“ Nr. 1175 vom 14. Juli 1979).

Auch auf den internationalen Märkten ist die Lage verwirrend: Obwohl in Großbritannien und Italien die gegenwärtige und absehbare Entwicklung von Produktion, Preisen und Profiten gleich schlecht ist, sind die Aktienkurse an der Londoner Börse von Ende 1978 bis Anfang November 1979 um 11 Prozent gefallen, während sie an der Mailänder Börse im selben Zeitraum um 23 Prozent emporgeschneit sind. Selbst in den USA, wo ein ausgeprägter Pessimismus in bezug auf die Wirtschafts- und Währungsperspektiven herrscht, sind die Aktienkurse von Ende 1978 bis Anfang Oktober um 16 Prozent gestiegen. Erst in den letzten Tagen haben die Aktiennotierungen an der New Yorker Börse starke Einbußen hinnehmen müssen, die an die schlimmste Baisse 1929 erinnern. Aber diese Vorgänge sind grundsätzlich eine Reaktion auf spekulative Käufe in den vorigen Monaten sowie auf die immer schärfere Restriktionspolitik der amerikanischen Notenbank zurückzuführen.

### 1.4 Investitionen

Die Belegung der Investitionstätigkeit im Jahre 1979 war noch etwas stärker als ursprünglich erwartet. Dies zeigt vor allen die Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe (Industrie), die als besonders konjunktur-reagibel angesehen werden kann.

Nach den Ergebnissen des letzten „Investitionstests“ des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung in München ist für 1979 ein realer Anstieg der industriellen Investitionen in Höhe von 9 Prozent zu erwarten. Nach den vorliegenden Plänen für 1980 wird sich diese Tendenz nur leicht abgeschwächt fortsetzen – es wird ein realer Anstieg um etwa 7 Prozent erwartet.

Anders im Baugewerbe. Nach kräftigen Anhebungen der Investitionen im Jahre 1978 und 1979 um jeweils etwa 20 Prozent ergibt sich aus den Planungen für 1980 ein realer Rückgang der Investitionstätigkeit.

Wie auch in den vergangenen Jahren bleibt aber der relativ geringe Umfang der Erweiterungsinvestitionen ein wichtiges Merkmal der Wirtschaftsentwicklung in den siebziger Jahren. Die konjunkturelle Bele-

bung hat nicht ausgereicht, um einen Boom der Erweiterungsinvestitionen auszulösen, der wiederum in der Lage gewesen wäre, die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung zu stabilisieren und zu beschleunigen.

#### Zielsetzung der Investitionen<sup>1</sup>

	1978	1979	1980
Kapazitätserweiterung	17	20	24
Rationalisierung	47	44	45
Ersatzbeschaffung	36	36	31

<sup>1</sup> Jeweils im Herbst in einer Unternehmerbefragung genannte Hauptziele, Anteile in Prozent  
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 30/79, S. 7)

Dagegen lag in den Boomjahren 1969, 1970 und 1971 der Anteil der Erweiterungsinvestitionen bei 40 bis 50 Prozent.

Besonders ausgeprägt ist der Ausfall der Erweiterungstätigkeit in der Bauwirtschaft. Nach den gleichen Befragungen waren hier nur 5 Prozent der Investitionen vorwiegend auf Erweiterung der Kapazitäten gerichtet, 95 Prozent dienten in erster Linie der Rationalisierung und dem Ersatz. Anzumerken bleibt, daß auch Rationalisierungsinvestitionen oft einen Kapazitätserweiterungseffekt haben, der allerdings nicht im Vordergrund steht.

Trotz der leichten Vergrößerung der Erweiterungsinvestitionen ist nicht damit zu rechnen, daß der erhoffte Boom noch eintritt. Zwar liegt der Auslastungsgrad der industriellen Kapazitäten deutlich höher als 1978, hat aber den „Normalstand“ immer noch nicht ganz erreicht. Zudem ist er in den letzten Monaten – saisonal bereinigt – wieder zurückgegangen und liegt nun bei etwa 84,5 Prozent. (Zum Vergleich: 1970 wurden z. B. etwa 91 Prozent erreicht.)

Dies gilt auch in dem Fall, daß sich die Aufwärtsentwicklung der Gewinne im bisherigen Tempo weiter fortsetzt. Es ist immerhin bemerkenswert, daß im ersten Halbjahr 1979 die Bruttoanlageinvestitionen mehr als 10 Milliarden niedriger waren als die in den Unternehmen vorhandenen Eigenmittel – nach Abzug der Privatentnahmen. Im ganzen Jahr 1978 war die Differenz „nur“ knapp 12 Milliarden DM gewesen.

#### Finanzkraft und Investitionen im 1. Halbjahr 1979<sup>1</sup>

	Mrd. DM	In % gegenüber dem Vorjahr
Eigene Finanzierungsmittel der Unternehmen <sup>2</sup>	89,0	+19,5
Bruttoanlageinvestitionen	78,5	+14,1

<sup>1</sup> Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft und Finanzinstitutionen  
<sup>2</sup> Einbehaltene Gewinne und Abschreibungserlöse  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/79, S. 12)

Von den im ersten Halbjahr 1979 zusätzlich „verdienten“ 15 Milliarden DM wurden nur knapp 10 Milliarden DM in Form von neuen Sachanlagen reinvestiert, der Rest stand für die verschiedenen Formen finanzkapitalistischer Nutzungen und für die Direktinvestitionen im Ausland zur Verfügung.

Vor allem die Direktinvestitionen im Ausland erreichten im ersten Halbjahr 1979 denn auch einen neuen Rekordstand. Es wurden neue Auslandsanlagen in Höhe von 3,37 Milliarden DM getätigt, fast 25 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 1978.

Das gesamte westdeutsche Auslandsvermögen stieg auf 443 Milliarden DM, davon hatten etwa 62 Milliarden DM die Form von Direktinvestitionen im Ausland. Dem stand eine Auslandsverschuldung von 331 Milliarden DM gegenüber, so daß die Bundesrepublik per Saldo ein Gläubigerland ist. Auch die ausländischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik lagen zur Jahresmitte 1979 mit knapp 55 Milliarden DM niedriger als der westdeutsche Bestand im Ausland.



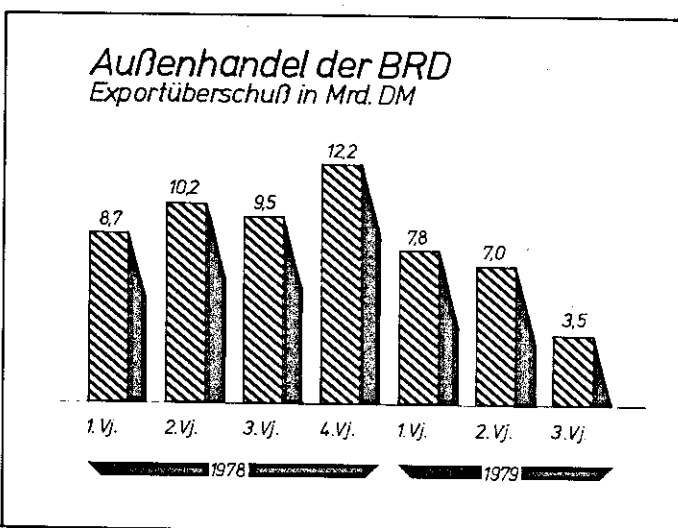
## 1.5 Außenhandel

Der Außenhandel hat sich in den letzten Monaten weiterhin günstig entwickelt. Sowohl Export wie Import expandieren kräftig. Dabei führte die unterschiedliche Preisentwicklung bei Exporten und Importen zu Verzerrungen in der Relation, die allerdings in erster Linie nur nominal sind. Real lagen die Exporte in den ersten 9 Monaten von 1979 um etwa 9 Prozent, die Importe um etwa 10 Prozent über dem Vorjahresstand, entwickelten sich real also etwa gleichmäßig.

### Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	in Mrd. DM	% <sup>1</sup>	in Mrd. DM	% <sup>1</sup>	in Mrd. DM	% <sup>1</sup>
1. Vj. 78	67,3	+ 1,1	58,6	+ 1,5	+ 8,7	- 2,2
2. Vj. 78	72,0	+ 6,0	61,8	+ 5,6	+10,2	+ 8,5
3. Vj. 78	68,2	+ 4,4	58,6	+ 2,3	+ 9,5	+18,8
4. Vj. 78	77,1	+ 4,8	64,9	+ 5,5	+12,2	+ 0,8
1. Vj. 79	74,4	+10,5	66,5	+13,5	+ 7,8	-10,3
2. Vj. 79	78,6	+ 9,2	71,6	+15,8	+ 7,0	-31,4
3. Vj. 79	76,4	+12,0	72,9	+24,4	+ 3,5	-63,2

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)



Der starke Rückgang des Außenhandelsüberschusses ist demnach vor allem auf Preisverschiebungen zurückzuführen, die mit dem Anstieg der Rohstoffpreise, insbesondere dem für Rohöl, zusammenhängen. Hinzu kommen spekulativ bedingte Rohstoffimporte.

Schon jetzt ist abzusehen, daß die Verschiebung der Preisrelationen im Außenhandel zuungunsten der BRD – die Importpreise steigen bedeutend rascher als die Exportpreise – nicht von Dauer sein wird. Der Indikator dieser Verschiebungen, der Index der „Terms of Trade“, hat sich dementsprechend im ersten Halbjahr 1979 stark verschlechtert, das heißt, in diesem Zeitraum mußte die Bundesrepublik wesentlich mehr exportieren, um ihre Importe bezahlen zu können. Aber schon im August war dieser Prozeß beendet.

### Terms of Trade<sup>1</sup>

	1976	1977	1978	1979 <sup>2</sup>	Juli	August
	100	99,1	102,7	99,1	94,0	94,4

<sup>1</sup> Index 1976 = 100; <sup>2</sup> Die ersten 6 Monate  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.)

Zwar ist zu erwarten, daß der Außenhandelsüberschuß der Bundesrepublik im laufenden Jahre bedeutend geringer sein wird als in den Vorjahren. Dies dürfte auch in den kommenden Tarifverhandlungen in der Unternehmerpropaganda eine gewisse Rolle spielen: kann es doch benutzt werden, um den drohenden Verlust der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik zu beschwören, der nur durch „maßvolle“ Lohnabschlüsse vermieden werden könne.

Hier muß betont werden, daß die Verringerung des Exportüberschusses lediglich eine vorübergehende Erscheinung ist, eine Folge von Preisverschiebungen, die in der nächsten Zeit zum größten Teil wieder korrigiert werden dürften. Denn seit der Jahresmitte erhöhen sich die Exportpreise – im Monatsvergleich – eher wieder stärker als die Importpreise.

Trotzdem ist anzunehmen, daß die Entwicklung des Warenexports in den bevorstehenden Monaten, vor allem aber 1980, langsamer verlaufen wird. Denn die wirtschaftliche Situation in den meisten kapitalistischen Ländern hat sich deutlich verschlechtert, die Perspektiven für 1980 werden allgemein ungünstig beurteilt. Während der Welthandel 1979 mit 6,5 Prozent vergleichsweise kräftig expandierte, wird für 1980 nur noch mit einem Zuwachs um 4 Prozent gerechnet. Rezessive Entwicklungen werden vor allem für die USA erwartet.

Obwohl die Abschwächung dort schon im Frühjahr eingesetzt hat, ist der Verlauf der Rezession bisher noch sehr milde gewesen. Inzwischen haben sich allerdings in fast allen westeuropäischen Ländern ebenfalls Abschwächungstendenzen bemerkbar gemacht. Selbst in der Bundesrepublik und in Japan scheint der konjunkturelle Höhepunkt überschritten. Die jüngste Prognose der OECD, einer Organisation von 24 kapitalistischen Industrieländern, ist daher für 1980 noch pessimistischer geworden als vor einem halben Jahr.

### Wachstumsprognose der OECD<sup>1</sup>

	1978	1979 <sup>2</sup>	1980
USA	+4,0	+1,5	-1,3
Japan	+5,6	+5,5	+5,5
Großbritannien	+3,0	+1,0	-0,7
BRD	+3,5	+4,0	+2,3
Frankreich	+3,0	+2,0	+2,1
Italien	+2,5	+4,0	+2,0

<sup>1</sup> Veränderung des realen BSP gegenüber dem Vorjahr in %  
<sup>2</sup> Schätzung des „Herbstgutachtens“ der Wirtschaftsforschungsinstitute  
(Quelle: DIW-Wochenbericht 43-44/79, S. 440; Presseberichte)

Die „Neue Zürcher Zeitung“ kommt daher in ihrem letzten internationalen Konjunkturspiegel zu dem Ergebnis: „Der Zahlenvergleich zeigt für alle Länder, daß der obere Wendepunkt der zyklischen Schwingungen überall durchlaufen worden ist. Es ist jetzt bloß noch eine Frage der Zeit, bis wann welche Volkswirtschaften den Boden des Rezessions-troges erreicht haben werden.“ (Fernaussgabe, 8. November 1979)

Unklar ist aber auch, wie tief dieser „Rezessionstrog“ sein wird. Ob es tatsächlich nur in den USA und in Großbritannien zu absoluten Produktionsrückgängen kommen wird, muß bis jetzt fraglich erscheinen. Bemerkenswert ist immerhin, daß nach einer gewissen Lockerung in den Jahren nach der Krise 1974/75 der internationale Konjunkturzusammenhang wieder fester zu werden scheint, die Parallelität in der Entwicklung der Konjunkturen ist auffallend.

Erwähnenswert ist auch die Tatsache, daß die Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Länder, insbesondere die Geldpolitik, eine große Übereinstimmung aufweist. Obwohl der Weg in die Rezession in den einzelnen Ländern unterschiedlich weit gegangen ist – in Japan sind überhaupt erst erste Anzeichen dafür sichtbar – ist die Wirtschaftspolitik in der Tendenz überall auf „Restriktion“, auf Konjunkturbremsung gerichtet. Am ausgeprägtesten ist diese Politik in Großbritannien, wo die konservative Regierung bewußt auf eine Rezession hinsteuert. Aber auch in den USA und in den anderen kapitalistischen Ländern ist man bereit, eine konjunkturelle Verschlechterung mit erneut steigender Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen, um die internationale Konkurrenzfähigkeit zu verteidigen.

## 2. Unternehmergewinne

Der Mitte 1978 begonnene Boom der Unternehmergewinne hat sich 1979 fortgesetzt und hält nach allen statistischen Anzeichen bis jetzt an.

### Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im 1. Halbjahr 1979

	In Mrd. DM	In % gegenüber dem Vorjahr
Brutto	140,9	+12,2
Netto	106,7	+15,0
Gewinnentnahmen	93,4	+10,1

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/79)

Die im letzten Vierteljahresbericht vorgestellte Schätzung des Ifo-Instituts, die einen Anstieg der Nettogewinne um 11 Prozent meldete, ist weit übertroffen worden.

Auch die jetzt vorliegende Schätzung des „Herbstgutachtens“ für das zweite Halbjahr 1979 dürfte zweckgerichtet sein: Dort wird ein Anstieg der Nettogewinne um 7 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit erwartet, nur wenig stärker als die erwartete Zunahme der Löhne und Gehälter. Es soll offensichtlich lohnpolitischen Nachholwünschen vorgebeugt werden.

Auf jeden Fall deutet bis jetzt noch kein Anzeichen auf ein Ende des Gewinnbooms hin. So erwartet die „Deutsche Gesellschaft für Anlageberatung“ (Degab) für das ganze Jahr 1979 einen Anstieg der Unternehmenserträge um 12 Prozent. Und die bisher vorliegenden Zahlen aus einzelnen Konzernen machen deutlich, daß dies eine sicher nicht übertriebene Schätzung ist.

Die drei großen Chemiekonzerne erhöhten im ersten Halbjahr 1979 ihre ausgewiesenen Gewinne um 40 bis 50 Prozent, die Ölkonzerne melden gar Steigerungsraten, die in die mehrere hundert Prozent gehen.

Die US-Ölkonzerne, die einen großen Teil des internationalen Ölgeschäfts beherrschen, setzten ihre Aufwärtsentwicklung der Gewinne sogar noch verstärkt fort.

### Gewinne der US-Ölkonzerne<sup>1</sup>

	1. Vj. 1979	2. Vj. 1979	3. Vj. 1979
Exxon	+37	+ 20	+118
Mobil	+81	+ 38	+130
Texaco	+81	+132	+221
Standard Oil of California	+43	+ 61	–
Gulf	+61	+ 65	+ 97
Shell	+16	+ 55	–

<sup>1</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent  
(Quelle: API lt. Neue Zürcher Zeitung v. 27. 10. 79)

Die 21 US-amerikanischen Mineralölgesellschaften erzielten allein im 3. Vierteljahr 1979 Gewinne in Höhe von 5,179 Milliarden Dollar, also etwa 10 Milliarden DM. Die Steigerungsrate gegenüber dem gleichen Zeitraum von 1978 beträgt 76,5 Prozent. Damit entfiel etwa ein Drittel aller industriellen Profite in den USA auf die Ölkonzerne.

Auch die westdeutschen „Töchter“ der internationalen Ölkonzerne wiesen gewaltige Gewinnsprünge auf: die ESSO AG „verdiente“ in den ersten 9 Monaten einen Gewinn von 312 Millionen DM, 133 Prozent mehr als 1978. Die Deutsche BP erhöhte ihren Ertrag von 23 Millionen auf 250 Millionen, die Deutsche Shell erwartet für 1979 einen Profit von 350 Millionen nach 240 im Vorjahr.

Interessant ist dabei, daß die US-amerikanischen Muttergesellschaften in den USA betonten, der größte Teil ihrer Profitzuwächse stammte aus dem Ausland, nicht aus den USA. Hier wird offen zugegeben, daß die internationalen Mineralölkonzerne der Welt – soweit sie noch kapitalistisch beherrscht ist – einen Tribut auferlegen, der für viele wirtschaftliche Schwierigkeiten, vor allem die beschleunigte Inflation, mitverantwortlich ist. Es blieb Staatssekretär Grüner (FDP) aus dem Bundeswirtschaftsministerium vorbehalten, hier den Weißwäucher zu spielen. Zwar treffe es zu, daß z. B. die Exxon in ihrem Geschäftsbericht auf den überproportionalen Ertragsanteil aus dem Europageschäft hinweist, die Kapitalverzinsung sei allerdings nach Auskunft der Exxon mit 15,8 Prozent in Europa nicht höher als bei der Gesamtgesellschaft. Daß eine solche „Verzinsung“ nur durch die Ausnutzung der Energieprobleme entstehen kann, fand dabei kein Wort der Kritik. (Handelsblatt v. 14. November 1979)

Bemerkenswert ist schließlich, daß trotz des Gewinnbooms die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche fast unverändert hoch ist. Der „Verband der Vereine Kreditreform“ schätzt, daß die Zahl der Insolvenzen 1979 bei etwa 8350 liegen wird, nur etwa 370 weniger als 1978. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Pleitenzahlen seit der Jahresmitte nicht mehr zurückgehen. In den Monaten Juli, August und September wurden jeweils mehr Unternehmenszusammenbrüche registriert als in den Vorjahresmonaten.

## 3. Lage der Arbeiterklasse

### 3.1 Löhne und Gehälter

Seit der Jahresmitte liegen die tariflichen Einkommenserhöhungen unter der Inflationsrate, das heißt, die Tarifabschlüsse der letzten Lohnrunde wurden von den Preissteigerungen überholt.

### Tarflöhne und -gehälter<sup>1</sup>

	1. Vj. 1979	2. Vj. 1979	3. Vj. 1979
	+4,9	+4,8	+4,7

<sup>1</sup> Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 11/79)

Daß es noch zu keinem Rückgang der Reallöhne und -gehälter gekommen ist, ist vor allem der positiven Lohndrift zuzurechnen, das heißt, verstärkte Überstundenarbeit und niedrigere Kurzarbeit haben die effektiven Einkommen rascher als die tariflichen Bezüge ansteigen lassen.

### Lohndrift<sup>1</sup>

	1978				1979	
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Arbeiter	-0,9	+0,7	+0,1	+0,3	-0,8	+0,1
Angestellte	+0,5	+0,8	+0,9	+1,0	+1,3	+0,8

<sup>1</sup> Differenz zwischen dem prozentualen Anstieg der Tarifeinkommen und dem prozentualen Anstieg der Effektiveneinkommen  
(Quelle: DIW-Wochenbericht 45/79, S. 458)

Das monatliche Bruttodurchschnittseinkommen der abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik lag im 2. Vierteljahr 1979 bei 2327 DM, 5,8 Prozent höher als in der gleichen Vorjahreszeit. Bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von 3,7 Prozent errechnet sich noch eine reale Einkommensverbesserung von 2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr – da die Lohnsteuerbelastung in diesem Zeitraum relativ unverändert geblieben ist.

Für das zweite Halbjahr kann allerdings im Durchschnitt nur noch ein geringfügiger Reallohnanstieg erwartet werden, möglicherweise sogar eine Stagnation.



Löhne und Gehälter 1979<sup>1</sup>

	1. Hj. 1979	2. Hj. 1979	1980
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+7,4	+7,0	+7,0
Nettolohn- und -gehaltssumme	+7,6	+7,5	+6,0
Je Beschäftigten	+6,0	+6,0	+5,0
Preisanstieg <sup>2</sup>	+3,4	+5,5	+4,5
Reallohn <sup>3</sup>	+2,6	+0,5	+0,5

<sup>1</sup> Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

<sup>2</sup> Schätzung des „Herbstgutachtens“. Ziffer für das 2. Halbjahr 1979 eigene Schätzung auf Basis von vier Monatsergebnissen, da die Schätzung des „Herbstgutachtens“ mit 5 Prozent schon jetzt überholt ist

<sup>3</sup> Verstanden als durchschnittlicher Nettolohn je Beschäftigten, bereinigt um den Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung aller Haushalte

Aus der Prognose des „Herbstgutachtens“ wird auch die angestrebte lohnpolitische Orientierung deutlich. Auch 1980 soll ein Reallohnstopp durchgesetzt werden, der erwartete Produktivitätszuwachs um 2,5 bis 3 Prozent in der Gesamtwirtschaft soll voll den Unternehmern zugute kommen. „In der Prognose sind für 1980 Tarifabschlüsse angenommen worden, die sich nicht allzu weit von denen in diesem Jahr nach oben entfernen.“ („Herbstgutachten“, DIW-Wochenbericht 43-44/79, S. 449)

Dabei ist es den Gutachtern bekannt, daß die Politik des Reallohnstopps zu einer Verlangsamung im privaten Verbrauch führen wird. Die Auswirkungen auf die Endnachfrage sind um so schwerwiegender, als die Sozialeinkommen real voraussichtlich zurückgehen werden: Eine Anpassung des Kindergeldes ist für 1980 nicht vorgesehen, die schon beschlossene Anhebung der Renten um 4 Prozent liegt unter der erwarteten Inflationsrate.

Ganz entgegen der offiziellen Propaganda in den Massenmedien ist den Gutachtern durchaus klar, daß eine solche Politik des realen Einkommensstopps negative Auswirkungen auf die Konjunktur haben muß. Der unvoreingenommene Leser nimmt erstaunt zur Kenntnis: „Die nicht mehr so günstige Entwicklung der Endnachfrage im kommenden Jahr wird zweifellos dämpfend auf die Investitionsneigung wirken.“ (ebenda, S. 447) In der Öffentlichkeit wird die Politik der Lohnzurückhaltung dagegen immer mit der Behauptung propagiert, eine Gewinnsteigerung sei notwendig, um die „Investitionsneigung“ zu erhöhen.

Es wird deutlich, daß die offizielle Wirtschaftspolitik und ihre „wissenschaftlichen“ Argumentelieferanten durchaus um den wirklichen Zusammenhang zwischen Löhnen, Kaufkraft und Investitionen in einer Periode langsamen Wirtschaftswachstums und unausgelasteter Kapazitäten wissen. Tatsächlich geht es dabei auch keineswegs darum, ein möglichst großes Wirtschaftswachstum bei niedriger Arbeitslosigkeit zu erreichen. Weder die kapitalistischen Unternehmer noch die Träger der Wirtschaftspolitik sind „Wachstumsfetischisten“. Die Politik der Umverteilung zugunsten der Unternehmer ist nicht – wie vorge-täuscht – nur ein Mittel zum Zweck der Konjunkturankurbelung, sondern ein Selbstzweck. Wenn – wie jetzt – eine ausgesprochene Wachstumspolitik zur Gefährdung der Profitentwicklung wird, dann ist die offizielle Wirtschaftspolitik durchaus bereit, auch auf etwas Wachstum zu verzichten um die Gewinne zu stabilisieren.

Ein Verzicht auf durchsetzbare Lohnerhöhungen durch die Gewerkschaften würde unter den gegebenen Umständen nicht nur den erreichten Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten gefährden, er würde auch unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten schädlich sein. Die aktuell drohende Konjunkturverlangsamung geht vom Konsumbereich aus. Wie eine Umfrage zeigt, die jüngst von der Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) in Bonn durchgeführt wurde, wollen 60 Prozent der Befragten die höheren Energiepreise durch Sparen beim Heizen und beim Autofahren ausgleichen. 52 Prozent wollen beim Einkauf von Textilien und Haushaltsgeräten zurückstecken, 38 Prozent wollen bei Ausgaben wie Reisen sparen. 5 Prozent wollen sogar die Ausgaben für Nahrungsmittel einschränken.

Gelingt es nicht, für die gestiegenen Preise einen angemessenen Lohnausgleich durchzusetzen, so kann ein Abgleiten in eine neue Rezession nicht ausgeschlossen werden. Denn weder im Export noch bei

den Investitionen kann ein Ausgleich für die dadurch entstehende Nachfragerücklage unter den gegebenen weltwirtschaftlichen Verhältnissen gefunden werden.

Da im kommenden Jahr die verschärfte Steuerprogression, die Preissteigerungen und auch die Erhöhung einiger Sozialabgaben (allein schon als Folge erhöhter Beitragsbemessungsgrenzen) die Nettoeinkommen erheblich mindern werden, müssen die durchgesetzten Lohnerhöhungen schon dann über den Ergebnissen von 1978/79 liegen, wenn bloß eine Verteidigung der Reallohne erreicht werden soll. Eine Beteiligung am Produktivitätszuwachs würde weit höhere Abschlüsse erfordern, und eine Berücksichtigung der Nachholbedürfnisse von 1979 würde nochmals nach oben zu Buche schlagen.

Als Modellrechnung sei hier eine Veröffentlichung der Managerzeitschrift „Capital“ angeführt, die unter der Schlagzeile „Verdienen sie genug“ Ratschläge für Gehaltsgespräche der leitenden Angestellten erteilt.

Lohn- und Gehaltserhöhung 1980<sup>1</sup>

	Nominale Erhöhung in %	Reale Erhöhung in %
Ledig	+7,3	
Verheiratet	+5,5	0,0 %
Ledig	+12,2	
Verheiratet	+ 9,0	+3,0 %
Ledig	+17,1	
Verheiratet	+12,5	+6,0 %

<sup>1</sup> Bei einem Jahresbruttoeinkommen 1979 in Höhe von 30 000 DM. Ausgegangen wird von einer Inflationsrate von 5 Prozent und einem Krankenkassenbeitrag von 12 Prozent

(Quelle: Capital, 9/79, S. 46/47)

Das angenommene Jahresverdienst liegt zwar etwas über dem Durchschnittseinkommen der Arbeiter und Angestellten, ist aber die unterste Einkommensstufe, die das „Capital“ in seiner Rechnung überhaupt noch berücksichtigt. Schließlich hat das Magazin die Manager und leitenden Angestellten im Auge, nicht die Normalverdiener. Die Rechnung des „Capital“ zeigt allerdings, daß die „notwendigen“ nominalen Aufbesserungen prozentual bei steigendem Einkommen eher abnehmen – so daß für die Einkommensgruppen, die etwas weniger als 30 000 DM im Jahr verdienen, die Differenz zwischen realer und nominaler Lohnerhöhung eher noch größer sein dürfte. Nur für die untersten Lohngruppen trifft das nicht zu.

Sollen die Arbeiter und Angestellten 1980 einmal am erwarteten gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs in Höhe von etwa 3 Prozent angemessen beteiligt werden und zudem noch für den Verlust entschädigt werden, der ihnen 1979 infolge der Preissteigerungen entstanden ist, die über die erwartete Inflationsrate von 3 Prozent hinausging – das sind mindestens 1,5 Prozent –, so muß die reale Lohnerhöhung 1980 bei etwa 4,5 Prozent liegen. Ein Blick in die Tabelle macht deutlich, wie hoch die nominalen Lohnerhöhungen sein müssen, soll dieses ja keineswegs auf Umverteilung gerichtete Ziel erreicht werden.

## 3.2 Steuern

Der Entlastungseffekt der steuerlichen Maßnahmen vom vergangenen Jahr ist im Verlauf von 1979 kaum noch wirksam gewesen. Die Lohnsteuerabzüge sind fast ebenso rasch angestiegen wie die Bruttoarbeitsentlohnungen, die relative Steuerbelastung der Löhne und Gehälter ist infolgedessen nicht mehr zurückgegangen.

## Steuereinnahmen Januar–September 1979

	In Mrd. DM	In % gegenüber dem Vorjahr
Insgesamt <sup>1</sup>	225,0	+ 8,7
darunter:		
Lohnsteuer	67,1	+ 6,3
Veranlagte Einkommensteuer	28,1	+ 2,5
Körperschaftsteuer	16,6	+18,7
Umsatzsteuer	61,7	+13,4

<sup>1</sup> Nur Steuereinnahmen von Bund und Ländern

(Quelle: Bulletin der Bundesregierung Nr. 131, S. 1222)

Wie die letzte Steuerschätzung der Bundesregierung für 1980 zeigt, sollen auch im kommenden Jahr die Steuern stärker als ursprünglich angenommen fließen. Die Lohnsteuer soll demnach – bei einer angenommenen Zuwachsrate der Bruttolohn- und -gehaltssumme um 7,2 Prozent – um 12,8 Prozent auf etwa 110 Milliarden DM zunehmen. Die Steuerprogression wird also 1980 wieder scharf zuzufassen – für die CDU/CSU und insbesondere Strauß ein willkommenes Anknüpfungspunkt für sozialdemagogische Forderungen nach Steuersenkungen. Diese Forderungen müssen deshalb als demagogisch bezeichnet werden, weil die Entlastungsmaßnahmen eine lohnpolitische Zurückhaltung der Gewerkschaften bewirken sollen: Per saldo wird der Arbeiter und Angestellte nicht mehr Nettolohn zur Verfügung haben, die „Lohnkosten“ für die Unternehmer aber sinken.

Der damit verbundene Steuerausfall aber soll auf dem Umweg über höhere Verbrauchsteuern teilweise von den Arbeitern und Angestellten, teilweise von den Empfängern von Renten und anderen Sozialeinkommen getragen werden.

Gleichzeitig findet praktisch laufend, von der Öffentlichkeit wenig beachtet, eine Senkung von Unternehmensteuern statt.

Ein Beispiel dafür ist der von Bundesfinanzminister Matthöfer vorgelegte Gesetzentwurf (als „Omni-bus-Gesetz“ bezeichnet) der 16 verschiedene steuerliche Maßnahmen beinhaltet, die eine Entlastung von etwa 400 Millionen DM mit sich bringen.

Die wichtigsten Maßnahmen sind:

– Zusätzliche Sonderabschreibungen für Investitionen, die zumindest 75 Prozent dem Umweltschutz dienen. Kosten: 330 Millionen;

– Verdoppelung des Abzugssatzes für Spenden für „kulturelle“ Zwecke. Kosten: 40 Millionen;

– Erhöhung der Freigrenze bei der Vermögensteuer (Kosten nicht angegeben);

– Erleichterung bei der Erbschaftsteuer. Kosten: 10 Millionen.

Dies sind Maßnahmen, die zu einem großen Teil als „Steuervereinfachung“ verkauft werden, zum größten Teil aber nur den Unternehmen und den oberen Einkommensgruppen zugute kommen.

Allein die verschiedenen Maßnahmen zur Senkung der Gewerbesteuer und die Abschaffung der Lohnsummensteuer sollen für die Wirtschaft 1980 einen Entlastungseffekt in Höhe von 3,1 Milliarden DM mit sich bringen – nach Angaben des Essener Oberbürgermeisters Katzor. (Handelsblatt v. 14. November 1979) Der Steuerausfall betrifft vor allem die Gemeinden. Trotz der Ausgleichszahlungen wird z. B. allein Düsseldorf 150 Millionen weniger einnehmen. (Handelsblatt v. 14. November 1979)

In der Planung und in der Vorbereitung sind zusätzlich noch eine Vielzahl von Maßnahmen, die zum großen Teil ebenfalls der privaten Wirtschaft nützen. So die verbesserte Anrechnungsmöglichkeit ausländischer Steuern, die Senkung der Grunderwerbsteuer, die steuerliche Begünstigung von energiesparenden Investitionen usw. Dagegen wiegt die positiv zu beurteilende Einschränkung der Verlustzuweisungen bei Abschreibungsgesellschaften nur wenig, zumal umfangreiche Ausnahmeregelungen offen gelassen wurden.

Die Wiedereinführung eines Kinderbetreuungsbetrags dürfte von vielen Familien mit Kindern begrüßt werden. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß dies wiederum vor allem den oberen Einkommensschichten zugute kommt. Mit dem gleichen finanziellen Aufwand wäre eine Verbesserung der Kindergeldregelung vor allem für die Masse der „normal verdienenden“ Familien sozial gerechter gewesen.

## 3.3 Preise

Die Preisentwicklung hat sich in den letzten Monaten weiter beschleunigt und inzwischen einen Stand erreicht, der zuletzt 1975 zu verzeichnen gewesen war.

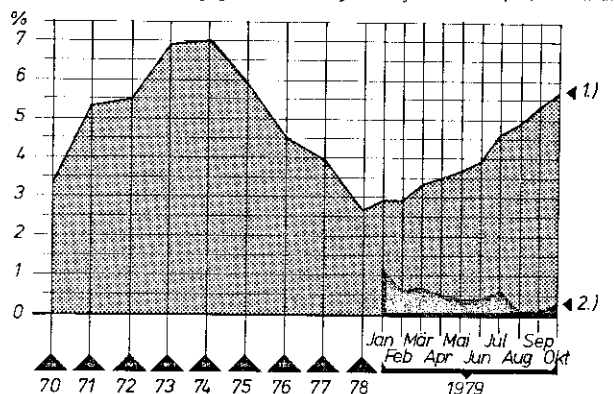
Lebenshaltungsindex 1979<sup>1</sup>

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
1970		+ 3,4
1971		+ 5,3
1972		+ 5,5
1973		+ 6,9
1974		+ 7,0
1975		+ 6,0
1976		+ 4,5
1977		+ 3,9
1978		+ 2,6
1979 Januar	+ 1,1	+ 2,9
Februar	+ 0,6	+ 2,9
März	+ 0,7	+ 3,3
April	+ 0,5	+ 3,5
Mai	+ 0,4	+ 3,7
Juni	+ 0,4	+ 3,9
Juli	+ 0,6	+ 4,6
August	+ 0,1	+ 4,9
September	+ 0,1	+ 5,3
Oktober	+ 0,3	+ 5,7
November	+ 0,4	+5,7

<sup>1</sup> Alle Haushalte  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Iff.)

## Lebenshaltungsindex 1979

Veränderung in % gegenüber 1.) Vorjahr/ Vorjahresmonat, 2.) Vormonat



Die starke Erhöhung des Lebenshaltungsindex im Jahresvergleich ist dabei sicher zu einem Teil Ergebnis des statistischen „Basiseffekts“, d. h., in der gleichen Vorjahreszeit waren die Preise als Folge von Sonderfaktoren relativ stabil, so daß jetzt der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr überzeichnet erscheint. Es kann daher sein, daß in den nächsten Monaten optisch eine gewisse Verlangsamung des Anstiegs zu verzeichnen sein wird – der „Basiseffekt“ entfällt.

Dies ändert aber nichts daran, daß die Grundtendenz der Inflation auf Beschleunigung gerichtet ist. Denn viele Preiserhöhungen schlagen sich nur mit Verzögerung auf den Lebenshaltungsindex nieder, bei Nahrungsmitteln steht die Preiswelle überhaupt erst bevor. Die Wohnungsmieten steigen im Ergebnis der Verteuerung auf dem Bau und der steigenden Hypothekenzinsen jetzt sprunghaft an – z. B. nur zwischen August und September um durchschnittlich ein halbes Prozent –, liegen aber im Jahresvergleich noch günstig mit ihren Steigerungsraten. Die den Konsumgütern vorgelagerten Bereiche weisen durchweg höhere Preissteigerungen als die Verbraucherpreise auf, werden sich also mit Zeitverzögerung auch auf diese preistreibend auswirken.

## Ausgewählte Preisindizes

	Industrie- preise (1) (2)		Landwirtschafts- preise (1) (2)		Import- preise (1) (2)		Großhandels- preise (1) (2)	
1. Hj. 1979	—	+3,7	—	-0,1	—	+ 7,2	—	+4,6
Juli	+0,7	+5,4	+0,1	+1,2	+2,1	+16,3	+0,7	+7,8
August	+0,5	+5,9	-0,4	+2,8	+0,1	+17,3	0,0	+8,6
Sept.	+0,4	+6,2	+1,8	+3,8	+0,2	+17,4	+0,5	+9,6
Oktober	+0,4	+6,5	—	—	—	—	—	—

(1) In Prozent gegenüber dem Vormonat  
(2) In Prozent gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Iff.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

In den vorangegangenen Berichten wurde schon mehrfach darauf verwiesen, daß vor allem der Lebenshaltungsindex eine Vielzahl von Berechnungsproblemen mit sich bringt, die in bestimmten Situationen zu erheblichen Verzerrungen führen können. Eines dieser Probleme ist die Tatsache, daß er von Verbrauchsgewohnheiten ausgeht, die längst überholt sind. Wenn gemeldet wird, daß die Lebenshaltung im Oktober 1979 um 5,7 Prozent teurer war als im Oktober 1978, so heißt das lediglich: Ein bestimmter „Warenkorb“, der dem Verbrauch eines fiktiven Durchschnittshaushalts im Jahre 1970 entspricht, kostet 5,7 Prozent mehr. Bis jetzt wurde der Preisindex nämlich auf Basis der Verbrauchsgewohnheiten von 1970 ermittelt. Inzwischen hat sich diese Verbrauchsstruktur aber erheblich verändert. Heute wird z. B. ein wesentlich größerer Teil des Einkommens für Mineralölprodukte und Heizung ausgegeben – notgedrungen, weil die Preise gestiegen sind. Bei der Indexberechnung auf der Grundlage von 1970 aber wird so getan, als ob der Verbrauchsanteil von 1970 auch heute noch gilt, mit dem Ergebnis, daß der überproportionale Anstieg der Energiepreise im Preisindex unterzeichnet wird.

Um die Fehlerquote, die mit der veränderten Verbrauchsstruktur zusammenhängt in gewissen Grenzen zu halten, wird der Preisindex von Zeit zu Zeit umbasiert. Eine solche Veränderung ist in den nächsten Monaten fällig – der Preisindex der Lebenshaltung wird auf das Jahr 1976 umgestellt. Der Mitarbeiter des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Norbert Walter, erwartet vor allem infolge des erhöhten Wägungsanteils für Heizöl im statistischen „Warenkorb“ eine Erhöhung des Preisindex, d. h., z. B. für Oktober wird der Preisanstieg nicht 5,7 Prozent wie nach dem alten Index, sondern etwa 6,5 Prozent lauten. Dabei ist anzumerken, daß auch die Verbrauchsstruktur des Jahres 1976 schon jetzt überholt ist – vor allem die Energiepreise sind so stark gestiegen, daß ihr Verbrauchsanteil heute sicher weit höher ist als 1976.

Ob die Annahme von Norbert Walter zutrifft, wird sich erst in den nächsten Monaten zeigen. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß die Unternehmer und die staatlichen Repräsentanten – die im Beirat des Statistischen Bundesamtes über die erdrückende Mehrheit verfügen – daran interessiert sind, daß der neue Index zu keinen höheren Ergebnissen führt als der alte. Daher dürfte ein gesundes Mißtrauen gegen die Berechnungsmethoden kein Fehler sein. (Vgl. Dähne/Dieckhoff, Die Preisindizes für die Lebenshaltung, IMSF, Frankfurt 1979.)

Betont werden muß im Vorfeld der neuen Tarifrunde: Die Löhne und Gehälter stellen zur Zeit einen die Kosten der Unternehmer entlastenden Faktor dar. Wenn von Unternehmenseite heute auf die kostentreibenden Wirkungen der Rohölpreise verwiesen wird – wie oben gezeigt teilweise Ergebnis der Gewinnpolitik der Mineralölkonzerne –, so wird verschwiegen, daß von den Lohnkosten zur Zeit ein kostenstabilisierender Einfluß ausgeht. Während im 2. Quartal 1979 die industriellen Erzeugerpreise um 4,3 Prozent über dem Vorjahresstand lagen, waren die „Lohnstückkosten“ – nach Berechnung der Unternehmer – im gleichen Zeitraum nur um 0,4 Prozent höher als in der gleichen Vorjahreszeit (DIW-Wochenbericht 45/79, S. 455).

## 3.4 Kämpfe der Arbeiterklasse

Im zweiten und dritten Vierteljahr 1979 waren die Tarifausschüsse in den großen Wirtschaftsbereichen beendet. Nichtsdestoweniger prägten Arbeitskämpfe Maßnahmen auch diese Phase der Lohnauseinandersetzungen, die besondere Beachtung finden sollten. Insbesondere die Warnstreikbewegungen und die Zuspitzung des Tarif-

konflikts im Bereich der Gewerkschaft HBV zeigen, daß neue Teile der Arbeiterklasse in gewerkschaftliche Aktionen einbezogen werden konnten.

Schon in der letzten Ausgabe der „Informationen“ war über Warnstreiks im Einzel- und Großhandel mehrerer Bundesländer berichtet worden. Im **Einzelhandel Rheinland-Pfalz** verschärfte sich im Juni der Tarifkonflikt vor allem an Fragen der Gehaltsgruppenreform, des Kündigungs- und Rückgruppierungsschutzes. Erst nachdem die Gewerkschaft mit Vorbereitungen zur Urabstimmung in 16 Betrieben Ende Juni begonnen hatte und unter dem Druck zahlreicher Warnstreiks – so u. a. in Landau, Mutterstadt und Ludwigshafen –, kam es zu einer Einigung. Neben einer Gehaltsverbesserung von ca. 5 Prozent konnten auch die manteltariflichen Forderungen durchgesetzt (vgl. Tabelle) und ein Maßregelungsverbot vereinbart werden.

Wegen der Weigerung der Unternehmer, ein Maßregelungsverbot zu unterzeichnen, zogen sich die Tarifausschüsse im **Einzel- und Großhandel Niedersachsens** über mehrere Wochen hin. Im Einzelhandel hatten über 10 000 Beschäftigte in 29 Betrieben im Mai und Juni die Arbeit niedergelegt. Im Großhandel war in 12 Betrieben gestreikt worden.

Zu einem Konfliktpunkt wurde die Maßregelungsfrage auch im **Westberliner Einzelhandel**. Im Juni und Anfang Juli war es in mehreren Kaufhäusern zu Warnstreiks gekommen. Da die Unternehmer auch hier ein Verbot von Maßregelungen ablehnten, hatte die HBV am 10./11. Juli das Verhandlungsergebnis nicht akzeptiert und weitere Aktionen im August geplant.

Im Bereich der **Krankenkassen** protestierten am 1. August 500 Angestellte der Zentrale der Barmer Ersatzkasse in Wuppertal und Beschäftigte der Deutschen Angestellten-Krankenkasse gegen die Weigerung der Unternehmer, die Tarifverhandlungen fortzusetzen. Der Forderung der HBV nach 5,6 Prozent Gehaltserhöhung und 6 Wochen Urlaub war nur ein Angebot von 4 Prozent entgegeng gehalten worden.

Auch im Bereich der ÖTV sind beachtenswerte Aktionen von Angestellten zu beobachten.

Inhalt des Tarifkonflikts bei der **Landesversicherungsanstalt (LVA) in Düsseldorf** waren die Arbeitsbedingungen der Computereinfachleute im Rechenzentrum (18 Beschäftigte), die durch Wechselschichten, überdurchschnittlichen Lärm usw. geprägt sind. Deshalb hatte die ÖTV schon 1978 als Ausgleich Erschwerniszulagen (10 DM pro Schicht) und einen dreitägigen Zusatzurlaub gefordert und im März 1979 dazu einen Tarifvertrag vorgelegt. Am 6. Juli erklärten sich die Computereinfachleute in einer Urabstimmung zum Streik bereit.

In einem Schlichtungsgespräch wurde eine Schichtzulage von 10 DM und jährlich zwei Tage Zusatzurlaub durch den Schlichter festgelegt. Dieses Ergebnis lehnte der Vorstand der LVA ab. Daraufhin begann am Abend des 9. August der Streik, der bis zum 14. August dauerte. Dann stimmten die Unternehmer der Vereinbarung über die 10-DM-Zulage und zwei Freischichten jährlich zu.

Im September demonstrierten 2000 Gewerkschafter in Hamburg für eine Verkürzung der Arbeitszeit der **Feuerwehrleute** von 56 auf 40 Wochenstunden und eine personelle Verstärkung der Feuerwehrrüge.

Zu den traditionell kampfstarken Tarifbereichen gehört das Organisationsfeld der Gewerkschaft Holz und Kunststoff. Da die GHK für jeweils relativ kleine Gruppen insgesamt 300 Tarifverträge im Jahr abschließt, werden einzelne Konflikte zumeist überregional nicht so sehr beachtet. Im Juli kam es im **Holzgroßhandel Niedersachsens und Hessens** zu einem Warnstreik in Göttingen und zur Vorbereitung einer Urabstimmung als Druckmittel. Ein ernsthafter Konflikt entwickelte sich im Oktober und November im **Tischlerhandwerk in Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein**. Die GHK hatte eine Lohnerhöhung von 9 Prozent gefordert. In den Verhandlungen wurde der bestimmende Einfluß des Zentralverbandes des Handwerks und des BDI sichtbar, der einen Abschluß auf dem Niveau des 1. Halbjahres 1979 gewährleisten sollte. Das Angebot der Unternehmer von 5,3 Prozent wurde in einer Urabstimmung von 99,8 Prozent der Beteiligten zurückgewiesen. In einer dritten Verhandlungsrunde wurde eine Lohnerhöhung von 77 Pfennig

pro Stunde (ca. 6,8 Prozent) vereinbart. Kurz vor Ablauf der Erklärungsfrist am 30. Oktober lehnten die Unternehmer jedoch auf Weisung ihrer Verbandsspitzen das Ergebnis ab. In einer erneuten Urabstimmung sprachen sich in Bremen 95 Prozent und in Hamburg 94 Prozent für einen Streik aus, der am 12. November beginnen sollte. Daraufhin wurde in einer Schlichtungsverhandlung am 9. November von den Unternehmern das vereinbarte Ergebnis (77 Pfennig) akzeptiert.

Dieser Abschluß – der bislang höchste in diesem Jahr – ist sicherlich auch als Reaktion auf die sich beschleunigende Inflation im 2. Halbjahr 1979 zu werten. Die Diskussion um Teuerungszulagen in diesem Sommer hat neben einigen betrieblichen Einkommensverbesserungen vor allem die Erwartungshaltung für die kommenden Tarifbewegungen gehoben. Von der IG Metall wurde betont, daß bei den Lohnforderungen neben dem Ausgleich der Teuerungsrate ebenfalls der

## Tarifabschlüsse Juli bis November 1979

Monat	Bereich	Beschäftigte	Lohnstarif	Manteltarif (oder andere Abkommen)
Juli	Einzelhandel Rheinland-Pfalz	80 000	ca. 5 %	Anheben des Urlaubs, Abschaffung der Ortsklassen, Verdienstsicherung bei Rückgruppierung, Alterssicherung
Juli	Großhandel Niedersachsen	130 000	80 bis 110 DM	2 Tage mehr Urlaub
Juli	Papierherzeugende Industrie	55 000	4,9 %	Bis 1984 6 Wochen Urlaub, Zusatzurlaub für Schichtarbeiter, mehr Urlaubsgeld
August	Genoss. Großhandel Rheinland-Pfalz und Saarland		Gehalt 5,4 %	Urlaubsdauer und -geld erhöht
September	Flachglaserzeugung	8 000	Lohn 5,7 %	
September	Brauindustrie NRW	17 000	5,2 bis 5,3 %	
November	Tischlerhandwerk Hamburg und Bremen		5,15 %	
	Schleswig-Holstein		6,8 %	
			6,9 %	

## 3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Beschäftigungssituation hat sich im Laufe der konjunkturellen Belebung verbessert, in den letzten Monaten allerdings etwas langsamer als im ersten Halbjahr 1979. Erstmals seit 1973 gibt es im produzierenden Gewerbe wieder einen leichten Beschäftigungszuwachs.

## Abhängig Beschäftigte

	Gesamtwirtschaft in 1000	In % <sup>1</sup>	Produzierendes Gewerbe in 1000	In %
1978	21 487	+0,7	7 585	-0,7
1979				
1. Vj.	21 646	+1,1	7 551	-0,3
2. Vj.	21 700	+1,2	7 557	+0,1
3. Vj.	21 755	+1,1	7 601 <sup>2</sup>	+0,5

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr

<sup>2</sup> Juli  
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 45/79, S. 457; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/79)

Daher überschreibt das Westberliner Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) seinen Bericht über die Beschäftigungsentwicklung im 2. Vierteljahr 1979 mit „Tendenzwende am Arbeitsmarkt steht bevor“.

Geht man von den offiziellen Arbeitsmarktdaten aus, so hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Monaten weiterhin leicht verbessert. Auch saisonbereinigt ging die Arbeitslosenzahl zurück. Allerdings deutet die wieder zunehmende Kurzarbeit doch auf neu entstehende Beschäftigungsprobleme hin.

Die Ankündigung von Kurzarbeit bei einigen Automobilkonzernen und bei AEG-Telefunken läßt einen weiteren Anstieg in den nächsten Monaten erwarten, der nicht nur saisonbedingt ist.

Produktivitätszuwachs und ein „Verteilungszuschlag“ zu berücksichtigen seien. Auf höhere Lohnforderungen als im Vorjahr und im 1. Halbjahr 1979 stellen sich allerdings auch die Vertreter des Kapitals ein. So schrieb der Informationsdienst „Capital – Vertraulich“ Nr. 11 vom 9. November 1979: „Alles zusammen läuft auf eine Lohnforderung von um die 9 Prozent hinaus und damit auf einen Kompromiß bei etwa 7 Prozent. Damit werden die Wirtschaft leben und der Kanzler zufrieden sein können.“

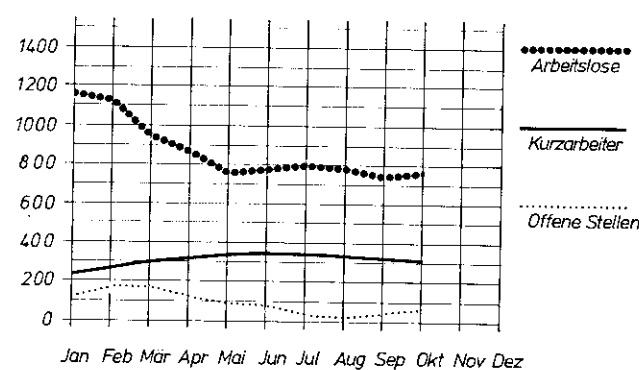
Es ist allerdings anzunehmen, daß die Arbeiter und Angestellten mit solchen Ergebnissen weniger zufrieden sein werden. Wie die Tabelle im Abschnitt 3.1 (Löhne und Gehälter) zeigt, würde eine nominale Lohnerhöhung von 7 Prozent lediglich den Reallohn erhalten, aber weder eine Beteiligung am Produktivitätszuwachs noch gar einen „Verteilungszuschlag“ – wie z. B. von der IG Metall gefordert – bringen.

## Arbeitsmarkt 1979

	Arbeitslose (1) (2)		Kurzarbeiter (1) (2)		Offene Stellen (1) (2)	
Januar	1171	- 42	135	-116	238	+33
Februar	1134	- 90	167	- 84	267	+43
März	958	-141	170	- 56	302	+55
April	876	-124	121	-177	313	+56
Mai	775	-138	93	-142	331	+76
Juni	763	-114	65	-166	355	+75
Juli	804	-118	33	-122	346	+74
August	799	-125	23	-101	339	+70
September	737	-127	37	- 72	320	+68
Oktober	762	-140	61	- 66	307	+59

(1) In 1000 Personen; (2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

## Arbeitsmarkt 1979 (in Tausend)





Nur erwähnt werden soll dabei, daß die nur zu schätzenden „Dunkelziffern“ bei der Arbeitslosigkeit ohnehin ein anderes Bild von der tatsächlichen Situation auf dem Arbeitsmarkt vermitteln. So ist die „stille Reserve“ mit 600 000 bis 700 000 nicht registrierten Arbeitslosen zur offiziellen Zahl hinzuzurechnen. Ein Beispiel für die Diskrepanz zwischen offiziellen und wirklichen Zahlen ist die jüngst bekanntgewordene interne Berechnung der Bundesanstalt für Arbeit, die ein weit höheres Lehrstellendefizit belegt als offiziell zugegeben. Die Berechnung war als „vertrauliches Papier“ bezeichnet worden, wurde aber trotzdem bekannt.

### Berufsausbildungsstellen 1979

Art der Erledigung	Bewerber um Ausbildungsstellen In 1000	Anteil in %
Bewerber insgesamt erledigt durch:	477	100
Vermittlung in Berufsausbildungsstellen	270	56,8
Berufsbildende Schule	37	7,8
Abgabe an anderes Arbeitsamt	1	0,2
Berufsvorbereitende Maßnahme	2	0,3
Allgemeine Schule	10	2,0
Fortbildungs-		
Umschulungsmaßnahme	—	0,1
Arbeitsstelle	14	2,9
Nach Vermittlungsvorschlag unbekannt verblieben	63	13,3
Sonstige Erledigung	42	8,8

(Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, lt. Frankfurter Rundschau v. 2. 11. 79)

Vor allem die Posten „Nach Vermittlungsvorschlag unbekannt“ und „Sonstige Erledigung“ mit mehr als 100 000 Betroffenen, die offensichtlich keine Lehrstelle erhalten haben, zeigen, wie sehr die offiziellen Statistiken „geschönt“ sind.

Aber auch auf der Grundlage der offiziellen Zahlen scheint der Tiefpunkt der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr erreicht zu sein. Selbst die Bundesanstalt für Arbeit rechnet für 1980 mit einem erneuten Anstieg, der die jahresdurchschnittlich registrierte Arbeitslosenzahl – nach knapp 900 000 im laufenden Jahr – wieder auf eine Million bringen wird. Daher kann es nur als Zynismus gewertet werden, wenn Otto Wolff von Amerongen, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) behauptet: „Die achtziger Jahre werden nicht mehr durch Arbeitslosigkeit, sondern durch einen Mangel an Arbeitskräften gekennzeichnet sein“ (Handelsblatt vom 22. 10. 1979). Er meint damit allerdings nicht, daß die Arbeitslosenzahlen zurückgehen werden, sondern „den Mangel an qualifizierten, praxisorientierten Arbeitskräften“ bei den Konzernen. Dies ist allerdings nichts Neues: Vom Standpunkt der Unternehmer herrscht immer Mangel an „geeigneten“ Arbeitskräften, da bei einer allgemeinen Verschlechterung der Arbeitsmarktlage große Teile des Beschäftigungsangebots praktisch aus dem Arbeitsmarkt ausgegliedert werden. Die Unternehmer suchen sich die für sie geeignetsten Arbeitskräfte aus, während der „Rest“ überhaupt nicht mehr in Betracht kommt.

### Strukturmerkmale der Arbeitslosigkeit

	Ende Mai 1979		Ende Mai 1978	
	In 1000	In %	In 1000	In %
Arbeitslose insgesamt	776	100	913	100
Unter 20 Jahre	58	7,4	77	8,4
Über 55 Jahre	125	16,1	118	13,0
mit gesundheitlichen Einschränkungen	262	33,8	263	28,8
Schwerbehinderte	60	7,8	52	5,7
langfristig Arbeitslose (über 1 Jahr)	163	21,0	203	22,2
Frauen	431	55,5	474	51,9
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	430	55,4	507	55,5
Ausländer	88	11,3	103	11,3
Ohne Leistungsanspruch	173	22,3	170	18,6

(Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 10/79)

Wie die Strukturuntersuchungen der Arbeitslosigkeit durch die Bundesanstalt für Arbeit zeigen, wird dieser „Rest“ – soweit das offiziellen Zahlen überhaupt erkennen lassen – immer größer.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein großer Teil dieser vom Arbeitsmarkt verdrängten Arbeitsuchenden überhaupt aus der Statistik verschwindet – also auch in der „Strukturuntersuchung“ nicht mehr auftaucht. Das gilt insbesondere für Jugendliche und Ältere und für langfristig Arbeitslose.

Die Herausbildung eines „Socksels“ von Arbeitslosen ist aber nur die Folge eines allgemeinen Mangels an Arbeitsplätzen und kann nur durch die Behebung oder Verringerung dieses Mangels verhindert oder zumindest gehemmt werden. Auch aus diesem Grund ist die 1980 zu erwartende erneute Vergrößerung des Arbeitsplätzedefizits alarmierend. Bedeutet sie doch für einen großen Teil der „Sockelarbeitslosen“, vor allem für ältere Erwerbslose, das endgültige berufliche „Aus“.

Daher besteht nicht der geringste Grund, beschäftigungspolitische Forderungen wie die Verkürzung der Arbeitszeit und die Schaffung neuer Stellen im öffentlichen Dienst für weniger aktuell als in den letzten Jahren zu halten.

### IMSF – Informationsberichte und Arbeitsmaterialien –

Beiträge zu aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen



Band 33

Norbert Lambert

Arbeitsmarktpolitik in der Wirtschaftskrise

82 Seiten, DM 8,-

Die Arbeitsmarktpolitik ist ein wichtiger Bestandteil der staatlichen Sozialpolitik. Der Autor weist nach, daß die Hauptfunktion der staatlichen Arbeitsmarktpolitik nicht die Verringerung der Arbeitslosigkeit, sondern die Lenkung der Arbeitskräfteströme nach den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals ist.

Die Arbeitsmarktpolitik erfüllt diese Funktion indem sie die Arbeitssuchenden zwingt, Abstriche an ihren sozialen Ansprüchen hinzunehmen. Darin besteht nach Auffassung des Autors auch der Kern der neuformulierten Zumutbarkeitsregelung. Mit der Analyse dieser Zusammenhänge ist dieser Bericht ein Beitrag zur Diskussion über die Klassenfunktionen staatlicher Sozialpolitik.



Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 8

Rationalisierung – Arbeitsplätze – Tarifkämpfe

Aktuelle Probleme der Durchsetzung von Arbeiterinteressen in der Bundesrepublik.

Materialien einer Tagung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/M., 10. und 11. März 1979. Ca. 300 Seiten, DIN A4, DM 17,-; erscheint im III. Quartal 1979.

Der Band enthält die Referate und Materialien der IMSF-Tagung „Rationalisierung – Arbeitsplätze – Tarifkämpfe“, die im März 79 in Frankfurt/M. stattgefunden hat. Praktiker aus den Betrieben, wissenschaftliche Experten und Gewerkschafter berichten über ihre Erfahrungen mit betrieblichen Auswirkungen der Rationalisierung in Produktion, Verwaltung und Dienstleistungsbereich. Möglichkeiten der Gegenwehr der Betroffenen, den Kampf gegen Betriebsstillegungen und die Probleme bei der Mobilisierung von Belegschaften und Bevölkerung im Kampf gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen sowie über die Erfahrungen der Tarifbewegungen und –kämpfe der Jahre 1977 bis 1979 um Löhne, Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitverkürzung.

Der Band hat bewußt den Charakter eines Arbeitsmaterials erhalten, das in der gewerkschaftlichen und außergewerkschaftlichen Erwachsenen- und Jugendbildungsarbeit einsetzbar ist. Mehr als 100 Fotos, Grafiken und umfangreiches Tabellenmaterial zu den einzelnen Themenkomplexen sowie weiterführende Literaturhinweise dienen der Illustration und dem besseren Verständnis der dargestellten Themen und wollen zur vertiefenden Beschäftigung anregen.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg und Klaus Pickshaus, 6000 Frankfurt am Main  
Der Abschnitt 1.3 wurde von Walter Micheli verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 16. 11. 1979. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 30,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 2,50 DM, Jahresabonnement 10,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.